



# concret

Sozialdemokratische Partei  
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica  
Chantun Grischun

Partito Socialista  
Cantone dei Grigioni



Danke für sechs Jahre «Vollgas für die SP Graubünden»,  
lieber Philipp!

## Liebe Genossinnen und Genossen

Philipp Wilhelm

Am 9. April vor fünf Jahren habt ihr mir das Vertrauen geschenkt, in die grossen Fusstapfen von Jon Pult als euer Parteipräsident zu treten. Nach erfolgter Wahl war das Credo: «Packen wir es an!» und ich wage zu behaupten, das haben wir. Gemeinsam konnten wir den Vorwärtskurs weiterführen. Fortschritt war und ist für mich stets die Summe aller kleineren und grösseren Schritte, die jede und jeder von uns täglich macht – alle

## Inhalt

Rücktritt Philipp Wilhelm	1-2
Kandidatur SP-Präsidium	3
Abstimmung E-ID	4
Abstimmung	
Verhüllungsverbot	5
Abstimmung Freihandelsabkommen Indonesien	6-7
Zwischenbilanz Corona	8
Unsolidarische Vermieter	9
Wahlsystem Grosser Rat	10-11
Neuorganisation KESB	12
JUSO	14
Leute: Edina Annen	15
Letzte Seite	16



nach ihren Möglichkeiten, alle mit Leidenschaft und Engagement, und alle in die gleiche Richtung: «Fürschi». Eindrücklich ist das Resultat, wenn wir nun innehalten, uns umdrehen und zurückblicken. Wer hätte vor fünf Jahren geglaubt, dass ein Vollblutgewerkschafter Regierungsrat wird? Oder wer hätte geglaubt, dass wir das Top-Ergebnis der Grossratswahlen 2014 noch einmal um drei Sitze übertreffen und mit 18 Mandaten historisch viele Sitze holen? Und nicht zuletzt: Wer hätte geglaubt, dass wir im Jahr 2019 einen zweiten Sitz im Nationalrat gewinnen?

Möglich war all das dank gemeinsamem Engagement und dank neuen, innovativen Wegen. Prägend etwa waren die ersten offenen Vorwahlen der Schweiz. Wir wagten mehr Demokratie, machten offene und moderne Politik. Das auch indem wir unsere bewährte Basiskampagne weiterentwickelten und in unserer DNA verankerten: Telefonieren, telefonieren, telefonieren. Immer mehr halfen mit und liessen sich vom Wahlkampfieber anstecken. Konzepte und Organisation lieferte Mastermind Lukas Horrer, wir machten Stimmung und setzten um. Teamwork par excellence. Mit Erfolg als Belohnung.

Doch politischer Erfolg misst sich nicht nur in Zahlen. Auch inhaltlich ging es vorwärts. Vor fünf Jahren dominierten die anhaltende Frankenstärke und dessen Allheilmittel Olympia die Debatten. Wir waren in

der Verteidigung für eine sorgfältige Entwicklung im Berggebiet. Danach wechselten wir in die Offensive: Für Klima und Fortschritt. Unsere gut aufgestellte und von Coni Caviezel top geführte Fraktion holte wichtige Mehrheiten: Green Deal für Graubünden; Aktionsplan für die Gleichstellung; Förderung der digitalen Transformation; mehr Kulturförderungsgelder; bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. All diese Forderungen haben im Lauf der letzten Jahre ihren Weg aus unseren Strategiepapieren in konkrete Beschlüsse, Gesetze oder zumindest Absichtserklärungen des Kantons gefunden. Und in wenigen Tagen steht ein Wahlsystem zur Debatte, das endlich allen Bündnerinnen und Bündnern eine Stimme geben kann.

Doch der Weg ist noch weit. Und uns zeichnet aus, dass wir nicht aufhören, für Fortschritt zu arbeiten. Und das muss die SP Graubünden auch künftig tun. Mit Julia, Nora und Andri an der Spitze, wird das auch gelingen. Davon bin ich überzeugt. Zum Schluss bleibt mir einzig der Dank für euren Support und für die grossartige Zusammenarbeit der letzten Jahre.



Philipp Wilhelm,  
Landammann Davos und  
alt Parteipräsident SP  
Graubünden.

# Neubesetzung Parteipräsidium SP Graubünden



Im Anschluss an Philipps Wahl galt es, die Weichen zu stellen für eine Neuwahl. Die Geschäftsleitung der SP Graubünden entschied sich für einen möglichst schnellen Prozess. Bereits im Februar soll der Posten neu besetzt werden. Die Bewerbungsfrist endete am 31. Januar. Um diesen Prozess zu realisieren, entschied sich sowohl die Geschäftsleitung als auch der Parteivorstand für die Durchführung eines ausserordentlichen Parteitages am 20. Februar 2021. Die zügige Neubesetzung bringt Stabilität in die Partei und ist wichtig für die bevorstehenden Herausforderungen. Bereits in diesem Halbjahr wird sich Graubünden für ein neues Wahlsystem entscheiden und die SP Graubünden muss bereit sein, an vorderster Front für mehr Vielfalt, Demokratie und Fortschritt zu kämpfen. Stabile Parteigremien und klare Zuständigkeiten sind dabei essenziell.



Andri Perl,  
Grossrat und Präsident  
SP Chur.

## Andri Perl kandidiert als Parteipräsident

Der grandiose Wahlerfolg von Philipp zum Davoser Landammann bringt eine Neuorientierung für die SP Graubünden mit, zu der ich meinen Beitrag leisten will. Ich kandidiere als Parteipräsident.

Seit meinem Beitritt in die Partei 2008 ist die SP meine politische Heimat. Seit 2014 darf ich sie und den Kreis Chur im Grossen Rat vertreten. Es macht mich stolz, teil zu sein einer Bewegung, die sich unermüdlich und erfolgreich für Solidarität und Fortschritt in Graubünden einsetzt.

Ich will helfen, die Sozialdemokratie programmatisch in ein neues Jahrzehnt zu hieven und die Partei im ganzen Kanton breit aufzustellen. Zusammen überwinden wir im Juni den Majorz, zusammen machen wir die SP fit für das neue Proporzzeitalter in allen Talschaften. Wir kämpfen dafür, die Pandemie gesundheitlich, gesellschaftlich und wirtschaftlich zu meistern. Zusammen machen wir Druck in der Klimapolitik und der Gleichstellung. Als Grossrat, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Graubünden und als Präsident unserer mitgliederstärksten Sektion kenne ich die kantonale Politik und unsere Partei in ihrer Tiefe und Breite. Ich möchte die SP Graubünden mit viel Präsenz und Elan führen – und zwar strategisch wie personell. Wenn es brennt, stehe ich hin. Ich will auf die Anliegen aus den Sektionen hören – und zwar vor Ort in den Tälern.

Und zuletzt: Ich kandidiere auch für unsere Vizepräsidentin Julia Müller. Julia hat klar gemacht, dass sie sich mittelfristig vorstellen kann, Präsidentin zu werden, aber noch Zeit für ihren Studienabschluss braucht. Ich unterstütze sie in diesem Vorhaben – die SP Graubünden hat eine Frau an der Spitze verdient. Ist Julia bereit, stelle ich mein allfälliges Amt zur Verfügung.



## Nein zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz)

### «Der digitale Pass gehört nicht in die Hände von privaten Unternehmen»

Sandra Locher Benguerel

Wenn Sie einen Pass beantragen wollen, gehen Sie dann lieber auf ein Passbüro oder an den Bankschalter? Wohl ersteres. Somit sind wir bereits mitten im Thema:

Immer mehr Dienstleistungen werden im Internet abgewickelt. Um sich dort sicher auszuweisen, soll eine elektronische ID für alle Dienstleistungen, bei denen die Identität nachgewiesen werden muss, geschaffen werden. Mit diesem neuen Gesetz soll die Möglichkeit einer persönlichen elektronischen Identifizierung im Internet durch die Schaffung einer E-ID geregelt werden. Durch eine solche E-ID sollen sich Menschen im Internet online ausweisen und registrieren können, um bei Online-Portalen staatliche oder private Leistungen in Anspruch zu nehmen (z.B. für Behördenkontakte, Strafregisterauszug, Steuererklärung, Bankkonto eröffnen...).

Das Verfahren zur Ausstellung einer solchen E-ID soll ein Zusammenspiel zwischen Staat und Privaten sein: Die Überprüfung der Identität der Person vor der Ausstellung einer E-ID soll der Staat machen, die Ausstellung der E-ID an sich soll hingegen durch private Anbieter/innen gemacht werden. Das E-ID-Gesetz wurde in der Herbstsession im September

2019 von National- und Ständerat angenommen.

Die SP unterstützt eine gesetzliche Regelung einer persönlichen elektronischen Identifizierung im Internet. Denn dies entspricht in der digitalisierten Gesellschaft einem zunehmenden Bedürfnis von Konsumentinnen und Konsumenten. Doch es ist klar, dass die Ausstellung einer solchen E-ID genau wie bei einem Pass eine staatliche, öffentliche Aufgabe sein muss. Dies darf nicht dem privaten Markt überlassen werden. Die Risiken für Datenschutz und Datensicherheit sind dafür zu gross.

Zudem stellt sich die SP auf den Standpunkt, dass wir keine echte Marktsituation haben werden, da sich alle relevanten Player – namentlich Banken, Versicherungen und staatsnahe Betriebe – zur Swiss Sign zusammengeschlossen haben. Daher scheint es zielführender – wenn der Bund diese Aufgabe schon nicht selber übernehmen will – mit einem Konzessionsmodell zu arbeiten. Dabei kann der Staat die Aufgabe Privaten übertragen, gibt ihnen aber klare Vorgaben. Doch auch dies fehlt in der Vorlage.

Um eine gesetzliche Regelung für eine staatliche, sichere und vertrauenswürdige E-ID zum Wohle der Konsumentinnen und Konsumenten zu ermöglichen, muss dieses Gesetz mit einer privaten Ausstellung der E-ID deshalb in der Volksabstimmung abgelehnt werden.



Sandra Locher Benguerel,  
Nationalrätin, Chur.

# Abstimmung Verhüllungsverbot



Nora Kaiser,  
Fraktions- und Partei-  
sekretärin SP Graubün-  
den, Chur.

## Ein Problem, das keines ist

Nora Kaiser

In jüngster Zeit schien es wieder etwas ruhiger zu sein rund um antimuslimische Symbolpolitik in der Schweiz. Mit «Ja zum Verhüllungsverbot» rückt das Initiativkomitee, mehrheitlich bestehend aus SVP-Exponent\*innen, das Thema wieder in den Fokus. Die Initiant\*innen führen Argumente der Sicherheit, der Gleichstellung und der sogenannten Freiheit an. Was in der Debatte zu kurz kommt, hat Graubündens SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel aufgezeigt: De facto wird hier ein inexistentes Problem beackert. Denn in der Schweiz leben gerade einmal eine Handvoll Burka- und Niqab-Trägerinnen. Der Bundesrat hat sich gegen die Initiative ausgesprochen, mit der Begründung, ein Verhüllungsverbot soll durch die Kantone geregelt werden. Der indirekte Gegenvorschlag verlangt, dass Personen zu behördlichen Identifizierungszwecken ihr Gesicht zeigen müssen. Diese Gesetzesänderung ist zu begrüssen.

Die Initiant\*innen wollen mit der Initiative gegen die Gefahr des Islamismus, und in zweiter Linie gegen die Hooligans, die sogenannten «Chaoten» und Hausbesetzer\*innen aus der linksradikalen Szene vorgehen. Dagegen ist zu sagen: Durch ein Verhüllungsverbot werden in der Schweiz keine möglichen Anschläge verhütet, ebenso wenig dient das Verbot der Prävention von Radikalisierung in muslimischen

Kreisen. Verstärkt werden hingegen antimuslimische Ressentiments.

Ebendiese Feindseligkeit wird hier auf den weiblichen Körper projiziert. Die burkatragende Frau\* wird von den Initiant\*innen als Symbol der fehlenden Integration und Unterdrückung dargestellt. Plötzlich tritt die SVP als die grosse Gleichstellungs-Partei auf, die Frauen\* vor Gewalt schützen und in ihrer Integration fördern will. Kürzlich konnte der Islamwissenschaftler Andreas Tunger-Zanetti aufzeigen, dass das Tragen von Kopftuch bis hin zum Niqab für Frauen\* auch als Ermächtigungssymbol dienen kann. Frauen\* hingegen, die trotz des Verbotes zur Verschleierung gezwungen werden, sind der Gefahr von weiterer Abschottung ausgesetzt. Dass der weibliche Körper und genderspezifische Kleidung für politische Debatten hinhalten müssen, ist per se falsch und bringt die Gleichstellung nicht weiter.

Die Schweiz braucht handfeste Massnahmen im Bereich Bildung und Integration, um Menschen von (potenzieller) Radikalisierung zu schützen und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Leider ist von Karin Keller Suter nicht viel zu erwarten: Sie hat bereits verlauten lassen, dass sie im März-Abstimmungskampf den Schwerpunkt auf die Ja-Kampagne für die E-ID setzen wird. Deshalb appelliere ich zu einem umso aktiveren Nein-Abstimmungskampf unsererseits!



# Ja zum Freihandelsabkommen mit Indonesien

## Fairer Handel statt Freihandel

Fabian Molina, Nationalrat

Seit Jahren kämpft die SP dafür, dass sich der Handel mit anderen Ländern nicht mehr am Dogma des Freihandels orientiert. Sondern dass Regeln für fairen Handel verankert werden, die auch den Ländern des Südens zu Gute kommen. Beim Wirtschaftsabkommen mit Indonesien konnten wir dies in dreifacher Hinsicht erreichen:

**1.** Zum ersten Mal wird ein fair produziertes Produkt im Handel gefördert: Zollreduktionen gibt es nur, wenn das Palmöl zertifiziert wurde. Zertifiziert werden Palmölprodukte, wenn keine Regenwälder und Torfmoore in Plantagen umgewandelt wurden, Tier- und Pflanzenarten geschützt werden, Kleinbäuer\*innen eingebunden sind, Kinderarbeit verboten ist und autorisierte Prüfer\*innen auf die Plantagen gelassen werden. Das Indonesien-Abkommen enthält also Bestimmungen, die bisher in Schweizer Handelsabkommen fehlten und die wir nur von Gütesiegeln wie z.B. Max Havelaar kennen. Es hebt den fairen Handel also auf die Ebene von Staatsverträgen. Über Gelder der Entwicklungszusammenarbeit werden indonesische Produzent\*innen dabei unterstützt, die nötigen Standards zu erfüllen.

**2.** Die fairen Handelsregeln werden durchgesetzt, indem Unternehmen haftbar gemacht werden: Wie die Kon-

zernverantwortungsinitiative richtig forderte, müssen internationale Regeln im Schweizer Recht verankert werden, damit Konzerne verantwortlich gemacht werden können. Mit der ersten Verordnung zu einem Handelsabkommen müssen Importeure gerade stehen und eine Busse bezahlen, wenn sie die Nachhaltigkeitsbestimmungen nicht einhalten. Zum ersten Mal werden damit Regelungen eines Handelsvertrags in Schweizer Recht überführt.

**3.** Das Abkommen schafft die Grundlage für künftige Abkommen: Handelsregeln für fair produzierte Produkte und die direkte Anwendung auf Unternehmen muss der Standard für alle neuen Handelsverträge der Schweiz werden. Ein Ja zum Indonesien-Abkommen ist ein Schritt hin zu neuen, fairen Handelsregeln, die als nächstes in einem Aussenwirtschaftsgesetz verankert werden müssen. Ein Handelsvertrag unter diesem Benchmark dürfte im Parlament und beim Volk in Zukunft keine Chance mehr haben.

Wenn das Abkommen am 7. März abgelehnt wird, würde auch in Zukunft dreckiges Palmöl aus Indonesien nach den schlechteren WTO-Regeln in die Schweiz importiert. Mit einem Ja kommt insgesamt nicht mehr Palmöl in die Schweiz. Aber das importierte Palmöl ist fairer hergestellt. Und wir haben die Möglichkeit bessere Regeln zu verankern und in Indonesien eine nachhaltige Entwicklung anzustossen.



Fabian Molina,  
SP-Nationalrat, Zürich.

Der Parteivorstand der SP Graubünden hat am 22. Dezember 2020 die **Ja-Parole** mit folgenden Verhältnissen gefasst: 21 Ja zu 7 Nein bei 4 Enthaltungen.

# Nein zum Freihandelsabkommen mit Indonesien



Ronja Jansen,  
Präsidentin der JUSO  
Schweiz, Frenkendorf.

## Kein Freihandel auf dem Buckel der 99%!

Ronja Jansen

In Indonesien wird ein Verbrechen an unserer Zukunft verübt. Jede Stunde verschwindet im Inselstaat Regenwald von der Fläche von 100 Fussballfeldern. Der Hauptgrund für die rücksichtslose Entwaldung ist die Errichtung von unendlichen Palmöl-Plantagen, die ihren Besitzer\*innen jedes Jahr Milliarden in die Taschen spülen. Doch den Preis für die Abholzung des Regenwaldes ist hoch:

Der Lebensraum von Tieren wird zerstört, die Biodiversität verringert und die Klimakrise massiv angetrieben. Mit jeder Hektare gerodeten Regenwaldes werden über 170 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gepustet.<sup>1</sup> Die Rodung des Urwaldes ist damit für rund 15% der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.<sup>2</sup>

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien befeuert diese Problematiken, indem es den Handel mit Palmöl noch profitabler machen soll. Das Abkommen setzt zwar Nachhaltigkeitskriterien fest, doch die vorgesehenen RSPO-Kriterien stehen seit Jahren in der Kritik, weil die Kontrollmechanismen zu wenig greifen.

Zudem dürfen wir uns nichts vormachen: Es gibt kein nachhaltiges Palmöl, solange der Regenwald dafür zerstört wird.

„  
**Es gibt kein nachhaltiges Palmöl, solange für den Anbau Regenwald zerstört wird.**

“

Der schädliche Handel mit Palmöl ist nicht der einzige Grund, weshalb das Abkommen abgelehnt gehört, auch andere Vertragsteile lassen die Alarmglocken schrillen. So sieht das Freihandelsabkommen massive Verschärfungen beim Patentschutz von Saatgut vor. Kleinbäuer\*innen in Indonesien werden damit in die Abhängigkeit von Konzernen gedrängt und gezwungen jährliche Abgaben für patentiertes Saatgut zu bezahlen. Die

Ernährungssicherheit von unzähligen Menschen wird damit aufs Spiel gesetzt. Mit dem Indonesien-Abkommen sollen zudem auch Patente bei Medikamenten verschärft werden. Hohe Medikamentenpreise sorgen schon heute dafür, dass essentielle Medikamente einem Viertel der Weltbevölkerung verwehrt bleiben.<sup>3</sup> Mit den geplanten Verschärfungen droht die Zahl, der Menschen, die sich keine lebensrettenden Medikamente leisten können, dramatisch anzusteigen.

Alle diese Punkte zeigen: Das Freihandelsabkommen mit Indonesien ist ein Vertrag der Mächtigen und den Preis dafür zahlen die 99% anderen. Was wir jetzt brauchen sind fairere Handelsabkommen, statt grün gewaschene Freihandelsverträge.

1) <https://www.wsl.ch/de/newsseiten/2018/06/palmoel-die-co2-kosten-der-abholzung.html>

2) <https://www.carbon-connect.ch/de/klimalounge/news-detail/143/co2-speicherkapazitaet-der-regenwaelder-laesst-nach-der-wald-sieht-rot-teil-1/>

3) <https://www.publ-cybe.ch/de/themen/medikamente/zugang-zu-medikamenten/fuer-bezahlbare-medikamente>





# Zwischenbilanz Corona

## Der «Schweizer Weg» ist gescheitert

Jon Pult

Die erste Corona-Welle hat die Schweiz gut gemeistert. Der Bundesrat gab der Gesundheit oberste Priorität und handelte entschlossen für das ganze Land. Die Bevölkerung verstand seine Botschaften. Das Virus wurde erfolgreich eingedämmt. Die Anzahl der Todesfälle war im internationalen Vergleich tief. Die ersten Wirtschaftshilfen wurden rasch und unbürokratisch ausbezahlt. Solidarität prägte die Debatte, Vernunft das Handeln von Politik und Bevölkerung. Ganz anders in der zweiten Welle. Statt einem entschlossenen Bundesrat erlebten wir kantonale Kakophonie. Das Verbandslobbying für möglichst lasche Massnahmen und das Knäusern der Bürgerlichen bei den Wirtschaftshilfen dominierten die Szene. Die überhöhte «Eigenverantwortung» versagte, der «Schweizer Weg» scheiterte gesundheits- und wirtschaftspolitisch. Frust machte sich breit, die Vernunft ging vielerorts flöten.

Die Folgen sind tödlich. Zwischen Anfang November und Ende Dezember 2020 stand die Schweiz auf dem Übersterblichkeitsmonitor von Euromomo an der Spitze. In keinem anderen Land Westeuropas starben in dieser Periode mehr Menschen im Zusammenhang mit einer Covid19-Erkrankung. Mittlerweile hat der Bundesrat die Zügel wieder in die

Hand genommen. Die Infektions- und Hospitalisierungszahlen sinken langsam wieder. Wir haben aber weiterhin Übersterblichkeit. Die Situation in den Spitälern und Heimen bleibt kritisch. Das Gesundheitspersonal ist seit Monaten am Anschlag. Die Mutationen des Virus bereiten grosse Sorgen. Wirtschaftspolitisch haben SVP und FDP jede Glaubwürdigkeit verloren. Ihr Mantra, dass schwache Schutzmassnahmen gut für die Wirtschaft seien, ist Irrsinn. In einer Pandemie besteht die beste Wirtschaftspolitik darin, die Infektionszahlen tief zu halten und zugleich möglichst alle Ausfälle zu kompensieren. So rettet man wirtschaftliche Existenzen und stärkt die Akzeptanz der Eindämmungsmassnahmen. Doch statt auf die Wissenschaft zu hören, haben Ueli Maurer & Co. den Teufel neuer Schulden an die Wand gemalt. Und dies bei einem rekordverdächtig tiefen Schuldenstand und negativen Zinsen. Solche Faktenresistenz ist eine Gefahr für unser Land.

Vorbildlich ist die Bündner Strategie der Massentest, die Peter Peyer durchgesetzt hat. Zusammen mit den Impfungen verspricht sie mittelfristig einen Ausweg aus dem Schlamassel. Umso unverzeihlicher wäre es, auch in einer dritten Welle zu versagen. Wir brauchen schnell tiefere Infektionszahlen und noch schneller grosszügige Entschädigungen. Nur das ist vernünftig und solidarisch. Genau dafür kämpft die SP.



Jon Pult,  
Nationalrat, Chur.



# Unsolidarische Vermieter



Patrik Degiacomi,  
Stadtrat, Chur.

## Ungelöstes Problem der Geschäftsmieten

Patrik Degiacomi

Die Coronakrise bringt viele Betriebe in grosse Bedrängnis, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Fixkosten sind da, der Umsatz ist teils nur noch marginal. Die Unterstützungsmassnahmen seitens Bund und Kanton werden zwar besser, doch sie greifen noch zu oft ins Leere. Störend und schädlich ist es, wenn Vermieter\*innen von Geschäftsliegenschaften in einer solchen Situation ihren Mieter\*innen nicht entgegenkommen. Auch in Graubünden wird uns dies gerade von Seiten engagierter KMUs als Problem geschildert. Auf Bundesebene zeichnete sich vor allem dank der SP lange Zeit eine Lösung für diese Geschäftsmietenproblematik ab, die jedoch Ende Jahr leider endgültig scheiterte.

Wenn nun aufgrund zu hoher Fixkosten wegen der Geschäftsmieten Unternehmen in Bedrängnis geraten, stehen Existenzen auf dem Spiel. Der Kanton Baselland hat deshalb als Erster auf kantonaler Ebene eine faire Drittelösung erarbeitet. Der Kanton unterstützt demnach die Mieterinnen und Mieter mit einem Drittel der Netto-Mieten, wenn sich Mietende und Vermietende auf eine Mietzinsreduktion von einem Drittel einigen. Das entsprechende Gesetz über Beiträge an Geschäftsmieten aufgrund von Covid-19 wurde am

29. November 2020 vom Stimmvolk beschlossen. Auch der Kanton Genf sowie die Städte Bern und Zürich gehen das Problem ähnlich an.

Es geht dabei nicht darum, in ein privates Vertragsverhältnis einzugreifen und starre Vorschriften zu erlassen, sondern einen Anreiz zu setzen. Wenn sich Vermietende und Mietende von Geschäftsliegenschaften auf einen Kompromiss im Rahmen einer bestimmten Grössenordnung einigen, beteiligt sich die öffentliche Hand und steuert einen Teil dazu bei. Dies reduziert die Fixkosten der Betriebe und entlastet den Staat auf der anderen Seite bei den Härtefallbeiträgen. Die Wirtschaft profitiert, indem sie zusätzlich zur staatlichen Unterstützung eine Entlastung seitens der Vermietenden erfährt. Die Vermietenden profitieren, indem das Mietverhältnis gesichert wird und sie nicht infolge eines Corona-Engpasses der Mieterschaft plötzlich eine leerstehende Liegenschaft haben. Eine Win-Win-Win-Situation also.

Nachdem sich eine nationale Lösung wie erwähnt zerschlagen hatte, mussten wir reagieren. Die SP Fraktion des Grossen Rates hat in der Dezembersession einen Auftrag eingereicht, welcher von der Regierung verlangt Lösungen für die Geschäftsmietenproblematik auf kantonaler Ebene zu finden. Vorbilder gibt es genug.



# Wahlsystem Grosser Rat

## Wahlsystem-Kompromiss in Reichweite?

Beatrice Baselgia und Philipp Wilhelm

Graubünden braucht ein Wahlsystem für die Wahl des Grossen Rates:

- in dem jede Stimme gleich viel zählt,
- das die Vielfalt unseres Kantons abbildet und Minderheiten nicht noch stärker benachteiligt,
- das vereint und nicht spaltet,
- das Rechtssicherheit und Stabilität bringt.

Verschiedene politische Anläufe (Initiativen, Abstimmungen, Diskussionen) für ein gerechteres Bündner Wahlsystem zur Wahl des Grossen Rates haben keinen Erfolg gebracht. Deshalb musste das Bundesgericht angerufen werden und dieses hielt mit Urteil vom 29. Juli 2019 fest, dass das derzeit im Kanton Graubünden geltende Majorzverfahren für die Wahl des Grossen Rates teilweise verfassungswidrig sei und dass die nächste Wahl im Jahr 2022 nicht mehr nach dem bisherigen Wahlsystem erfolgen dürfe.

Damit musste die Anpassung des Wahlsystems zwingend auf die politische Agenda genommen werden. Die Regierung liess verschiedene Modelle (A-H) ausarbeiten, und bezeichnete drei davon als grundsätzlich geeignet: Ein Majorzsystem (Modell A), ein Doppelproporz-System (Modell C) und ein gemischtes Majorz-/Proporzsystem (Modell E).

Dabei favorisierte die Regierung in der Vernehmlassungsphase das Doppelproporz-System, also Modell C mit folgenden Argumenten: Bundesrechtskonformität, Beibehaltung der 39 Wahlkreise, gute Abbildung der politischen Kräfteverhältnisse, Stabilität gegenüber demografischen Veränderungen.

Die Vernehmlassung wurde sehr rege genutzt und das Modell C erhielt zahlenmässig grosse Unterstützung. Allerdings sprachen sich drei grosse Parteien, die im Grossen Rat die Mehrheit haben, für Modell E aus. Dies bewog die Regierung, wie sie in ihrer Botschaft an den Grossen Rat schreibt, die „realpolitischen Gegebenheiten“ zu anerkennen und schlug deshalb dem Grossen Rat resp. der Kommission für Strategie und Staatspolitik (KSS) in ihrer Botschaft das Mischsystem (Modell E) vor.

Beim Modell E sollen die Kreise Chur und 5 Dörfer im Proporz, die übrigen Kreise im Majorz wählen. Damit das Majorzverfahren möglich wäre, müssten die Kreise Ilanz, Oberengadin, Rhäzüns sowie die Gemeinde Davos aufgespalten werden. Avers wäre zu klein und würde dem Kreis Rheinwald zugeschlagen. Der Kreis Belfort würde in absehbarer Zeit zu klein und der Kreis Trins zu gross sein. Die vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung wäre also alles andere als stabil und die Bundesrechtskonformität von Modell E gemäss Regierung zudem fraglich. Dieses Modell E vermochte die Mehrheit der KSS nicht zu überzeugen. Deshalb beauftragte die KSS die Re-



Beatrice Baselgia, SP-Vize-Fraktionspräsidentin und Mitglied der Kommission für Strategie und Staatspolitik im Grossen Rat.



Philipp Wilhelm,  
Landammann Davos und  
Mitglied der Kommission  
für Strategie und Staats-  
politik im Grossen Rat.

gierung, Modell C in einer Zusatzbotschaft im Detail darzulegen. In der Folge diskutierte die Kommission sowohl Modell E als auch Modell C intensiv und detailliert. Vor- und Nachteile der beiden Modelle wurden erörtert, Verbesserungsvorschläge eingebracht und Kompromisse unterbreitet.

Als Kompromiss schlugen die SP-Kommissionsmitglieder, in Absprache mit dem SP-Parteivorstand, den Rückzug der Initiative zur Verkleinerung des Grossen Rates (‚90 sind genug‘) vor. Diese Initiative wurde 2017 lanciert, um den Grossen Rat endlich zu reformieren, um Wettbewerb zu schaffen, um die Präsenz von Frauen, Jungen und Minderheiten zu erhöhen, d.h. um mehr Vielfalt zu gewährleisten. Der Kompromiss lautet: Falls der Grosse Rat der Bündner Stimmbevölkerung einzig Modell C unterbreitet, in dem jede Stimme gleich viel zählt und endlich Wettbewerb entsteht, zieht die SP die Initiative zurück.

Mit Ausnahme der CVP-Vertreter haben sich die Kommissionsmitglieder aller übrigen Fraktionen nach vertiefter Diskussion mit Überzeugung hinter das Modell C gestellt.

In der Februarsession wird nun der Grosse Rat über die beiden Modelle C und E diskutieren. Zudem wird die CVP auch noch den Antrag einbringen, dem Volk beide Modelle zur Abstimmung zu unterbreiten. Das hätte zur Folge, dass die Stimmbevölkerung beim gleichen Urnengang über zwei verschiedene Wahlsysteme inkl. Stichfrage und zusätzlich über die

Initiative ‚90 sind genug‘ abzustimmen hätte. Angesichts der Komplexität der beiden Wahlsysteme und der Tatsache, dass z.B. bei Annahme der Initiative, Modell E kaum umsetzbar wäre, ist eine Variantenabstimmung aus Sicht der Kommissionsmehrheit eine unverantwortbare Zumutung an die Stimmberechtigten. Die SP wird sich in der Grossratsdebatte engagiert für den breit abgestützten Kompromiss und damit für Modell C einsetzen.

In der Hauptbotschaft an den Grossen Rat heisst es: Die Regierung sah mit dem Modell C eine reelle Möglichkeit, eine lange politische Diskussion um das richtige Wahlsystem für den Grossen Rat zu beenden und stabile institutionelle Verhältnisse zu schaffen. Genauso sieht das die Kommissionsmehrheit mit allen Vertretern und der Vertreterin von BDP, FDP, SP und SVP. Und es ist wichtig, dass wir uns im Hinblick auf die Volksabstimmung vom Juni 2021 alle dafür einsetzen, dass auch die Stimmbevölkerung JA zu einem gerechten Wahlsystem für Graubünden sagt.



# KESB

## Neuorganisation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Renate Rustishauser

In Graubünden gibt es seit 2013 fünf über das Kantonsgebiet verteilte Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Jede der KESB verfügt über eine vollamtliche Leitung, die gemeinsam die Geschäftsleitung bilden. Die Kosten der KESB trägt der Kanton, diejenigen der Berufsbeistandschaften die Gemeinden. Die Massnahmenkosten fallen grundsätzlich den Betroffenen selbst, respektive deren Eltern zu. Die KESB hat in erster Linie die Aufgabe, den Schutz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sicherzustellen. Daneben führt sie Beratungen durch, übernimmt die Aufbewahrung von Vorsorgeaufträgen, die Ausarbeitung von Unterhaltsverträgen und weiteres. Die seit 2013 gesammelten Erfahrungen haben die Regierung zur Teilrevision des Gesetzes veranlasst, mit der folgende Ziele angestrebt werden:

- Gewährleistung eines professionellen und sachgerechten Kindes- und Erwachsenenschutzes.
- die fünf KESB sollen zu einer einzigen Behörde mit einer Leitung und mindestens fünf Zweigstellen zusammengeführt werden.
- Die physische Nähe zur Bevölkerung soll damit weiterhin gegeben sein.
- Die Eltern sollen finanziell entlastet werden, denn die Kosten der stationären

Kindesschutzmassnahmen werden in Zukunft überwiegend durch die öffentliche Hand getragen. Die Eltern beteiligen sich entsprechend einem durch die SKOS definierten Betrag, aber mit mindestens Fr. 10.-täglich.

- Die Umsetzung der verfügten Massnahmen soll mit der Möglichkeit der Bevorschussung der Kosten durch die Gemeinden sichergestellt werden.

- Eine Stigmatisierung der Betroffenen soll durch eine solidarische Aufteilung der Kosten wegfallen. Bei Wohnsitzwechsel zahlen die Gemeinden anteilmässig.

- Jobsharing soll vereinfacht werden.

- Die Zweigstellen sollen spezifische Kenntnisse erwerben und sich somit für bestimmte Aufgabengebiete spezialisieren können.

- Eine einheitliche Rechtsauslegung soll Vertrauen bildend wirken.

- Das Gesetz wird gendergerecht formuliert.

- Es werden Ressourcen für die Führungsaufgaben generiert, die bisher fehlen.

- Es wird die Schaffung von 7,2 neuen Stellen angestrebt, damit das grosse Arbeitsvolumen bewältigt werden kann, denn die Überlastung und die überforderungsbedingten Ausfälle sind offenbar sehr hoch

- Für private Beistandspersonen übernimmt der Kanton die Sozialversicherungskosten.

Die Teilrevision wird am 1. Januar 2022 in Kraft treten.



Renate Rutishauser,  
Grossrätin und  
Präsidentin Berufsverband  
SBK, Tomils.

# Im Tal der Tränen

UND DAS LEBEN GEHT WEITER

CHRISTINA BOSS  
CHRISTIAN BOSS

DANIEL ALBRECHT  
STEFAN ANGHERN  
JACQUELINE BADRAN  
NILS BURRI  
OSCAR CAMENZIND  
LUCA CEREDA  
JACQUES CORNU  
SANDRA GASSER  
GEORGE  
CLAUDIA HÜTTENMOSER  
BO KATZMAN  
URS KLIBY  
KEVIN LÖTSCHER  
MATTHIAS LÖTSCHER  
SVEN MONTGOMERY  
JASMIN NUNIGE  
BEAT SCHLATTER  
MARC SÜRER  
ANDY TSCHÜMPERLIN  
HANSPETER WENGER

reinhardt

## IM TAL DER TRÄNEN – EIN BUCH DAS BERÜHRT!

Ob die populäre Politikerin Jacqueline Badran, welche einen Flugzeugabsturz und zwei Lawinenunglücke überlebte oder der bekannte Komiker und Schauspieler Beat Schlatter, welcher mit dem Sänger Stephan Eicher sein Glück als Strassenmusikant versuchte – diese Geschichten werden die Leserschaft garantiert in den Bann ziehen. Kurz: Ein Buch, welches sich als Geschenk bestens eignet und für den Eigengebrauch Mut und Lebensfreude auslöst!

«Im Tal der Tränen», 379 Seiten, erschienen im Friedrich-Reinhardt-Verlag in Basel; ISBN 978-3-7245-2435-9, Direktbestellung unter 061 264 64 50 möglich.



# JUSO

## Ein Bericht zum vergangenen Halbjahr

Rosalina Müller

Während wir alle gebannt die Corona-Fallzahlen verfolgen und uns auf die Mitteilungen des Bundes- und des Regierungsrates stürzen, vergessen wir oft das Positive und die Erfolge dieser Zeit zu erwähnen. Denn zwischen mehrstündigen Videokonferenzen, der Schule oder der Arbeit, haben die Mitglieder der JUSO Graubünden Grossartiges geleistet.

Ein bleibendes Erfolgserlebnis ist die Sammelphase gegen die Abschaffung der Mutterschaftsbeiträge: Zusammen mit der SP, Avenir Social und dem Frauen\*streikkollektiv hat die JUSO Graubünden Ende August entschieden, das Referendum zu ergreifen. Es kann nicht sein, dass Bürgerliche immer wieder bei den Ärmsten unserer Gesellschaft sparen. Als Linke sind wir nicht immer nur nett, nein! Manchmal laufen wir noch röter an als sonst und stellen uns queer. Offen geschrieben war der Start der Sammelphase wegen der Corona-Ungewissheit nicht ganz einfach. Doch als es dann darauf ankam, standen Ende November plötzlich mehr als 10 JUSOs auf den Strassen. Mit Gummihandschuhen, Masken und Desinfektionsmittel haben wir die Menschen davon überzeugen können, dass die Mutterschaftsbeiträge nicht abgeschafft werden dürfen. Die Einreichung im Dezember mit

Julia Müller, Edina Annen und Xenia Bischof als Rednerinnen und Kämpferinnen hat unsere Arbeit bestätigt. Ein weiterer Aufsteller war der 29. November, als Luna Weggler in den Domat/Emser-Gemeinderat gewählt wurde. Das stundenlange Telefonieren und die Präsenz auf der Strasse haben sich gelohnt. Die jungsozialistische, feministische und kräftige Stimme wird Domat/Ems guttun!

Das revidierte Bundesgesetz zur Bekämpfung von Terrorismus ist haarsträubend. Ein Komitee aus einigen Jungparteien sammelte seit dem Oktober dafür, dass Jugendlichen ihre Freiheit nicht genommen wird, nur weil sie «unter Verdacht stehen». Lange hat uns Corona auch diese Arbeit schwer gemacht. Doch in der Woche vor der Einreichung waren die Briefkästen der JUSO und SP Schweiz überfüllt. Die Mitarbeit aller Unterzeichner\*innen war riesig. Bei tiefen Temperaturen und Schnee hat auch die JUSO Graubünden in Davos und Chur beim Schlusspurt geholfen. Am 14. Januar konnten wir mehr als genügend Unterschriften einreichen. Wir gingen einmal mehr auf die Strassen für Gerechtigkeit und die Menschenrechte.

Die JUSO Graubünden ist motiviert und voller Energie für die Abstimmungskämpfe, die dieses Jahr auf uns zukommen werden.

**«... die Internationale erkämpft das Menschenrecht!».**



Rosalina Müller  
Co-Präsidentin JUSO  
Graubünden



# Leute: Edina Annen



Edina Annen  
Präsidentin Gewerkschaftsbund Graubünden

*Nachdem Simon Stieger im letzten Jahr seinen Rücktritt von diesem wichtigen Amt gegeben hatte, übernahm Edina Annen im November 2020 das Präsidium des Gewerkschaftsbunds Graubünden (GGR). Grund genug für das concret mit ihr ein Gespräch über ihr neues Engagement zu führen.*

## **Edina, stell dich doch gleich selber kurz vor!**

Ich bin in Chur vor 27 Jahren geboren, bin hier aufgewachsen und daheim. Beruflich bin ich als Sozialarbeiterin tätig und zwar beim Sozialdienst der PDGR. Daneben interessieren mich aber auch Fragen des Rechts, der Gerechtigkeit und der Staatspolitik, weshalb ich berufsbegleitend Jus studiere. Ich bin Mami, Ehefrau, überzeugtes SP-Mitglied und seit Dezember GGR-Präsidentin.

## **Was hat dich dazu bewogen, das Präsidium zu übernehmen?**

Der GGR ist auf mich zugekommen und die Anfrage hat mich natürlich geehrt. Der GGR hat spezifisch eine Frau gesucht, die politisch tätig ist und wenn möglich einen guten Draht zur SP hat. Meine Gemeinderatskandidatur im letzten Jahr war dann sicher mit ausschlaggebend. Gewerkschaftliche Themen sind mir ein Herzensanliegen, weshalb ich überzeugt zugesagt habe.

## **Welche Themen beschäftigen den GGR gerade?**

Wir standen vor der Situation, dass Leute mit niedrigen Löhnen auf Kurz-

arbeit ihre die Existenz nicht mehr sichern konnte. Wer nur 80 Prozent von 4000 Franken Bruttolohn entschädigt bekommt, hat ein Problem. Dort haben wir Druck gemacht, dass die Entschädigungen auf 100 Prozent raufgehen. Wir versuchen Corona so gut es geht zu meistern, auch im Dialog mit den Sozialpartnern.

Als ständiges Anliegen wollen wir für mehr Gesamtarbeitsverträge kämpfen. Gerade im Gesundheitsbereich besteht in Graubünden Handlungsbedarf. Gleichstellung und Mutterschutz stehen bei uns auch immer hoch oben auf der Prioritätenliste.

Wir arbeiten zudem daran, dass unsere Themen stärker wahrgenommen werden medial.

## **Wo siehst du deine persönliche politische Perspektive?**

Ich mache nicht Politik, um im Vordergrund zu stehen und verstehe mich nicht als Laufbahnpolitikerin. Aber: Die Gemeinderatskandidatur in Chur war schon sehr spannend. Mich hat besonders die positive Akzeptanz in der Bevölkerung motiviert. Die Leute schätzen es, wenn wir uns engagieren. Auch der Drive unter den Kandidierenden war toll. Deshalb schliesse ich ein zukünftiges Engagement auf welcher Ebene auch immer sicher nicht aus.



## Parolen der SP Schweiz zu den Abstimmungen vom 7. März 2021

### Eid. Abstimmung: Basierend auf der Parolenfassung des Parteivorstands

Bundesbeschluss zur Genehmigung  
des umfassenden Wirtschaftspart-  
nerschaftsabkommens zwischen den  
EFTA-Staaten und Indonesien:

**JA/GEA/Sì**

Bundesgesetz über elektronische  
Identifizierungsdienste:

**NEIN/NA/NO**

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungs-  
verbot»:

**NEIN/NA/NO**

### Ausserordentlicher Parteitag 20. Februar 2021

Um möglichst rasch wieder zu dritt im  
Präsidium entscheiden und handeln  
zu können, wählen wir am ausseror-  
dentlichen Parteitag am 20. Februar  
2021 die neue Präsidentin oder den  
neuen Präsidenten. Aufgrund der  
nach wie vor angespannten Pande-  
miesituation muss der Parteitag leider  
digital stattfinden.

Das Jahr 2021 ist für Graubünden  
richtungsweisend: Im Juni stimmen  
wir über ein neues Wahlrecht ab.  
Diesem Thema widmen wir den  
zweiten Teil des a.o. Parteitags unter  
der Leitung der neu einberufenen  
«Taskforce Wahlrecht».

Datum: Samstag, 20. Februar 2021

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: ca. 17:00 Uhr

Anmeldefrist: Freitag, 12. Februar

Anmeldung: [www.sp-gr.ch/parteitag](http://www.sp-gr.ch/parteitag)

### Abo-Beitrag 2021

Um das «concret» weiterhin erhal-  
ten zu können, sind wir auf euren  
Abo-Beitrag angewiesen. Die Re-  
daktion zählt auf die Leser:innen  
und sagt bereits zum Voraus:  
Vielen herzlichen Dank für die  
Bezahlung des Abo-Beitrages. Der  
Mindestbeitrag für die Kosten-  
deckung beträgt CHF 15.00 pro  
Jahr, der Unterstützungsbeitrag  
CHF 30.00 pro Jahr. Bitte den  
beigelegten Einzahlungsschein  
benutzen oder per e-banking ein-  
zahlen.

### Impressum

Herausgeber:  
SP Graubünden  
Concret  
Postfach 561  
7001 Chur

Nr. 1/2021

### [www.sp-gr.ch](http://www.sp-gr.ch)

[info@sp-gr.ch](mailto:info@sp-gr.ch)  
Telefon 081 284 91 00  
Fax 081 284w 91 01  
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Nora Kaiser  
(Redaktionsleitung),  
Stefan Grass, Silvia Modalek,  
Andri Perl  
Versand: Peter Montigel,  
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer  
Druck: Selva Caro Druck AG,  
Flims  
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 2/2021:  
14.05.2021

ClimatePartner<sup>®</sup>  
klimaneutral